0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 02/2005

Was ist denn Folter sonst?

Jetzt hat Bremen seinen ersten Brechmittel-Toten. Nur Bremen und Hamburg verabreichen noch das sehr umstrittene Mittel „Ipecacuanha“. Der CDU-Innensenatoren Borttscheller war schon schlimm, sein Nachfolger Böse unerträglich, aber Röwekamp schlägt sie bei weitem. Niemand kann verstehen, wenn er auf die Frage, was er denn empfinde, wenn der 35-jährige Laye-Alama Condé aus Sierra Leone stürbe, einfach sagt: "*Also, die Frage ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit. ...*" Jetzt ist er tot und der Innensenator gibt dem Opfer auch noch Schuld am eigenen Tod. Bei den ca. 100 Zwangsmaßnahmen im Jahr habe es bisher keine Komplikationen gegeben, sagt der „Christ“-„Demokrat“. Mittlerweile hat sich auch diese Aussage als falsch erwiesen. Wie mögen sich seine Opfer fühlen, wenn sie sich polizeilich erbrechen müssen. Wer nicht freiwillig das Mittel schluckt, wird auf eine Trage festgeschnallt und bekommt das Brechmittel zwangsweise per Nasensonde verpasst. Es kommt bestimmt oft vor, dass dabei Verletzungen in der Speiseröhre entstehen. Zusammen mit dem Erbrochenen muss es höllische Schmerzen bereiten. Dass die Zwangsvergabe in Bremen verboten ist, scheint bis heute weder die Ärzte noch die Polizisten und erst recht nicht Röwekamp zu interessieren. Wo kein Notarzt ist, ist auch kein Kläger.
2001 gab es in Hamburg schon einen Brechmittel-Toten. Dort starb ein 19-jähriger Kameruner und als Begründung wurde mit einer Herzvorschädigung argumentiert. Als ob der junge Mann sonst auch innerhalb der nächsten zwei Wochen verstorben wäre. Ja, es ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Für ein paar Gramm „illegalen“ Rauschgifts den Tod billigend in Kauf zunehmen, anstatt es sanft wieder zutage zu fördern (Abführmittel).
Erschwerend kommt wohl hinzu, dass der ausführende Arzt ein absoluter Dilettant gewesen sein dürfte und die medizinischen Überwachungsgeräte unbrauchbar waren. Der Laienmediziner füllte das Opfer mit Wasser ab bis es in die Lungen drang. Der (zu spät) herbeigerufene Notarzt stellte dann fest: „Bei 'Magenspülung' ertrunkener Patient“. Weiter sagte der Notarzt: *„Sowohl der Kollege* [Anm. d. A.: der Laienmediziner] *wie die beiden Polizeibeamten vermittelten den Eindruck, als sei dies ein absolut übliches Standardvorgehen.“*

weiter auf Seite 2

Denkwürdige öffentliche Beiratssitzung

Der Saal des Ortsamtes Neustadt in der Langemarckstraße war an diesem 11. Januar mit ca. 150 Besuchern - unter ihnen viele Schwarzafrikaner - total überfüllt. Angesetzt war eine gemeinsame Sitzung der Beiräte Neustadt und Woltmershausen, auf der Innensenator Röwekamp zum Thema Bürger-Service-Center sprechen sollte. Eine große Mehrheit der Anwesenden wollte dagegen den Senator wegen seiner Stellungnahmen zum Tod von Laye-Alama Condé aus Sierra Leone zur Rede stellen. Auf Antrag des PDS-Beiratsmitgliedes Jung wurde dann die Tagesordnung entsprechend geändert.
In der von Ortsamtsleiter Fischer souverän geleiteten Diskussion wurde in nahezu allen (auch in unseren) Diskussionsbeiträgen folgendes zum Ausdruck gebracht: Der Einsatz von Brechmitteln ist in jedem Falle erniedrigend und menschenunwürdig! Im Falle des Laye-Alama Kondé wurden das Mittel und große Mengen Wasser gewaltsam eingeflösst. Er erlitt infolge dieser brutalen Gewalttat noch am 27. Dezember den Hirntot und verstarb am 07. Januar. Die Verantwortlichen müssen dafür zur Rechenschaft gezogen werden.
Gegen Innensenator Röwekamp, der es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen, richteten sich Empörung und Zorn. Heftig wurde kritisiert, dass er noch Anfang Januar die angewandte Brechmittelpraxis als „verhältnismäßig“ bezeichnete und behauptete, der „Mann sei auf dem Wege der Besserung“. Schließlich habe er mit seiner Äußerung „der hat wohl eine Drogenkapsel zerbissen“, die wahren Ursachen die zum Tode Laye-Alama Condé führten, vertuschen wollen.
Im Ergebnis dieser Diskussion, in der sich auch Beiratsmitglieder von PDS, SPD und Grünen gegen die Brechmittelpraxis aussprachen und sich mit dem Protest solidarisierten, beschlossen die Beiräte eine Resolution, in der der Tod Laye-Alama Condés bedauert, das Verhalten des Innensenators verurteilt sowie eine lückenlose Aufklärung des Vorfalls und ein Ende der Brechmitteleinsätze gefordert wird. Dieses Ergebnis fand auch die Zustimmung der meisten Anwesenden.

Wenn dann CDU-Beiratsmitglieder behaupten, die Resolution sei unter Druck zustande gekommen, und sogar fordern, der Ortsamtsleiter möge die Resolution "*kassieren*" (WK v. 12.01.) so ist das schlichtweg die Unwahrheit und zeugt davon, wie unterentwickelt das Demokratieverständnis dieser Herren ist.

Ingeborg und Herbert Breidbach

Stimmungsmache

Was ist das für ein „christlich geprägtes Land“, von dem Herr Stoiber verbunden mit der Muslimen-Schelte spricht? Kurz vor dem Weihnachtsfest wird von hoch offizieller Seite Stimmung gegen unsere muslimischen Mitbürger gemacht. Schröder warnt vor „Parallelgesellschaften“, die nicht geduldet werden können. Schily spricht von einer islamistischen „Terror-Krake“, die Deutschland bedrohe. Der CDU-Innenminister von Niedersachsen, Schünemann, und mit ihm der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Freiberg, wollen stärkere Überwachung und Kontrollen von Moscheen. Das und noch mehr war alles in den letzten Tagen zu vernehmen, das Meiste davon nach dem Brandanschlag auf eine Moschee in Sinsheim. Nach dessen Tätern wird nicht weiter gefragt. Man tut so, als läge die Schuld bei den Opfern selbst. Solch demagogisches Gerede wird Neonazis und andere ausländerfeindliche Gruppen ermutigen nachzulegen. Früher war das Feindbild der „Kommunismus“, nun ist es der „Islamismus“. Man braucht es offenbar, um innenpolitisch von den sozialen Problemen abzulenken und außenpolitisch weltweit militärisch eingreifen zu können.

Hartmut Drews (Pastor in Ruhestand)

Gemeinsam gegen Rieger und das Schulungszentrum

In der letzten Ausgabe des BAF berichteten wir über das von Rechts-Anwalt Rieger initiierte Projekt eines Nazi-Schulungs- und Trainingszentrum auf dem Heisenhof in Dörverden, wir beschrieben auch die Hintergründe und das Umfeld.

Dass es trotz der bekannten Fakten noch nicht gelungen ist, das Treiben zu beenden, beruht auf der anfänglichen Untätigkeit und schleppenden Bearbeitung durch die Beteiligten. Der Verkauf der Liegenschaft an Riegers Wilhelm-Tietjen-Stiftung hätte von vornherein verhindert werden können, wenn die als Verkäufer des ehemaligen Bundeseigentums auftretende Industrieverwaltungsgesellschaft in Berlin bei der telefonischen Auktion bzw. bei Vertragsunterzeichnung die Brisanz erkannt bzw. richtig eingeschätzt hätte. Weiterhin hätte die Gemeinde Dörverden von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen können. Grundsätzlich ist für jede Umnutzung der Liegenschaft eine Baugenehmigung erforderlich, der Bebauungsplan lässt nur eine begrenzte Nutzung zu. Die auf dem Gelände befindlichen Militärfahrzeuge und die Wohnnutzung stehen dem entgegen. Auch ist z.B. die Abwasserbeseitigung noch nicht geregelt - Wasser wird jedoch geliefert. Obwohl der Verdener Landrat sowie der Dörverdener Bürgermeister mit klaren Worten Stellung bezogen und der Landkreis der Auffassung ist, dass jegliche Nutzung der Liegenschaft rechtswidrig sei, ließen die entsprechenden Taten lange auf sich warten. Ende November jedoch wurden Rieger und Mitbewohnern Anhörungsbogen zugesandt. Nach Prüfung dieser Unterlagen erfolgte dann Anfang Dezember das Verbot der rechtswidrigen Wohnnutzung und der Unterstellung der Militärfahrzeuge. Inzwischen hat Rieger Rechtsmittel eingelegt und einen Bauantrag für eine Wohnnutzung sowie zu Forschungs- und Schulungszwecken gestellt - der Weg durch alle Instanzen wird geraume Zeit in Anspruch nehmen. Dabei stellte bereits vor vier Jahren das Oberverwaltungsgericht Lüneburg anlässlich der Bestätigung des Verbotes der Trägervereine der berüchtigten „Hetendorfer Tagungswochen“ fest, dass *„auch die Person des Vorsitzenden* (Rieger, d. Red.) *verbotsbegründend“* sei. Rieger dürfte demnach keine Ersatz- und Nachfolgeorganisationen ins Leben rufen.

Die den illegalen Bewohnern des Heisenhofs anzulastenden Angriffe auf Andersdenkende haben vor Weihnachten einen weiteren - wie man befürchten muss - vorläufigen Höhepunkt erreicht. Ein dort gemeldeter 22-Jähriger hatte vor den Berufsbildenden Schulen in Verden einen freien Journalisten bewusst angefahren und auf die Kühlerhaube genommen. Dieser hatte Mitglieder des NPD-Nachwuchses Junge Nationaldemokraten dabei beobachtet, wie sie vor den Schultoren Propagandamaterial verteilten. Das Opfer erlitt glücklicherweise keine lebensgefährlichen Verletzungen und erstattete Strafanzeige.

Die „Neuigkeit“, mit der der Verfassungsschutz Mitte Januar aufwartete, dass die Anzahl der Neofaschisten in Niedersachsen im letzten Jahr zugenommen habe und sie ihr Unwesen hauptsächlich im Bereich Rotenburg/Verden trieben, kann niemanden wirklich überrascht haben. Es ist erschütternd und besorgniserregend, dass der demokratische Staat diesen erklärten Feinden jeglicher Demokratie und sich ständig selbst entlarvenden Menschenfeinden alle Rechte einräumen muss (?) und sich nicht wehrhafter zeigt!

Das Bündnis gegen Rechts, in dem neben den Gemeinden Dörverden und Hassel zahlreiche Verbände, Vereine, Kirchengemeinden, Schulen, politische und Umweltgruppierungen, Sportvereine u.a. vertreten sind, ruft zum 2. Dörverdener Sonntagsspaziergang **am Sonntag, den 30.01.2005 auf**. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer treffen sich zum Abmarsch **um 11:30 Uhr** an der Kirche in Dörverden-Barme.

Ulrich Sandmann

Fortsetzung von Seite 1

Bemerkenswert ist, dass die Bremer Staatsanwaltschaft nicht nur gegen den Arzt, der die Brechmittelvergabe durchgeführt hat, und die Polizisten ermittelt, sondern auch gegen den kritischen Notarzt. Dies darf man wohl als „Racheakt“ werten, sicherlich aber als Einschüchterungsversuch gegenüber allen Ärzten, die in eine vergleichbaren Situation kommen könnten.

Die Rücktrittsforderungen sind meines Erachtens gleich mehrfach gerechtfertigt. Wer einen Tod billigend in Kauf nimmt, hat auf einer verantwortungsvollen Position nichts zu suchen, und wer dann die Opfer auch noch verhöhnt, hat dort erst recht nichts verloren. Inwieweit Röwekamp auch noch bewusst Fehlinformationen gestreut hat, wird hoffentlich die Staatsanwaltschaft überprüfen. Ein „Schwerstkrimineller“ müsse mit „körperlichen Nachteilen rechnen“, sagt er. Also, ruhig ordentlich quälen und wenn gestorben wird: „Dumm gelaufen, der Nächste bitte“. Oder wie?

Gerold

Mein Kriegstagebuch

Der Verleger und Publizist Alfred Hermann Fried (1864-1921) war ein führender Theoretiker des Pazifismus und gründete 1892 mit Bertha von Suttner die Deutsche Friedensgesellschaft, aus der später die DFG/VK hervorging. Fried erhielt 1911 den Friedensnobelpreis. Während des Ersten Weltkrieges führte er, größtenteils im Exil in der Schweiz, ein Tagebuch. Er beabsichtigte, seine Aufzeichnungen zumindest teilweise zu veröffentlichen. Sein „Kriegstagebuch“ ist also kein privates Tagebuch im engeren Sinn.

A. H. Fried legt in seinen Aufzeichnungen die Rituale des Krieges und die Mechanismen der Kriegsspirale schonungslos bloß. Er rechnet mit den Kriegstreibern und Kriegsverlängerern ab und prangert die Militärfrömmigkeit, das Massensterben und die verbrecherische Kriegsführung der deutschen Militärs an. Er kritisiert die Politik des Kaiserreiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie und geißelt die Willfährigkeit der Presse. Frieds Fähigkeit zum Mit-Leiden öffnete seine Augen für erschütternde Schicksale und deprimierende Verhaltensweisen, die sich hinter Nachrichten über vermeintlich unbedeutende Vorfälle und Begebenheiten verbargen. Oftmals sind Frieds Gedanken erschreckend aktuell. Seine Aufzeichnungen enden, als der Vertrag von Versailles im Sommer 1919 unterzeichnet wurde.

Leider geriet Alfred Hermann Fried schon nach dem Ersten Weltkrieg und erst recht nach seinem Tod schnell in Vergessenheit. Gisela und Dieter Riesenberger, sie Oberstudienrätin und Publizistin, er Professor für Zeitgeschichte und Didaktik der Geschichte, rufen uns Fried wieder in Erinnerung. Sie haben aus Frieds Tagebuchaufzeichnungen eine Auswahl getroffen, die charakteristisch ist für das Denken dieses herausragenden Mannes. Daraus ist ein Buch von großer Anschaulichkeit und politischem Scharfblick entstanden. Es erhellt Zusammenhänge und sagt mehr über die Mentalität während des Ersten Weltkrieges, seines Verlaufes und seiner historischen Bedeutung aus als viele andere Bücher.

Alfred Hermann Fried: Mein Kriegstagebuch. Herausgegeben, eingeleitet und ausgewählt von Gisela und Dieter Riesenberger, erschienen im Donat-Verlag, Bremen, in der Schriftenreihe „Geschichte und Frieden“, ISBN 3-934836-87-9, 384 Seiten, gebunden, 18,80 Euro

Joachim Fischer

Zeitzeugen in die Schublade?

Neue Forschungsergebnisse und Trends in der Gedenkstättenforschung standen Anfang Dezember 2004 im Mittelpunkt einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung in Farge und an der Munte. Auch Bremen verschließt sich nicht der Notwendigkeit, seinen Beitrag zu leisten, damit das Gedenken der Opfer faschistischer Herrschaft für nachfolgende Generationen gewahrt bleibt. Im Mittelpunkt stand die Frage der Ausstattung und Arbeitsrichtung, in die ein Gedenken rund um den Bunker Farge eingebettet sein kann. Dazu wurden nach Besichtigung des Bunkers eine Reihe namhafter Experten aus verschiedenen Gedenkstätten zu Vorträgen eingeladen. Zwei Baracken stehen im Gelände zwischen Bunker und Hospitalfriedhof Neuenkirchen durch Kauf für eine Erinnerungsarbeit zur Verfügung. Die Überlegungen zielten dahin, dass der Bunker Farge größere Zahlen an Besuchern weit über den norddeutschen Raum oder die Gedenkfahrten der Lagergemeinschaften hinaus anziehen wird.

Bereits über Jahre erfolgreiche Führungen gehen von einem primär technisch orientierten Ansatz aus. Die Opfer werden zur Verdeutlichung des technischen Wahn und der Sinnlosigkeit des Bunkerbaus herangezogen. Zweifellos wird dieser gigantische Bunker Technikbegeisterte anziehen. Ihnen soll in der Präsentation der Ausstellungen und mit Führungen entlang des Geschichtslehrpfades die andere, die unmenschliche Seite vermittelt werden. Ob sich die Besucher darauf einlassen? Ein zweites Problem tat sich in der Diskussion auf: Wo bleibt der Zusammenhang mit der Fertigung von Einzelsegmenten auf der A.G. Weser? Wo bleibt der Bezug auf die Rüstungsschmiede Bremen mit 210 Zwangsarbeiterlagern, davon sieben KZ-Außenkommandos, in denen nicht nur Fregatten und U-Boote, sondern auch Flugzeuge und Militärtransportfahrzeuge gefertigt wurden?

Die Bundeswehr wird sich 2010 aus dem Bunker zurückziehen. Bis dahin hoffen die Akteure eine Bundesverantwortung an der Finanzierung des Erhalts der baulichen Substanz festklopfen zu können. Um dies zu erreichen, soll vermittelt werden, dass Bremen das Modell des marineorientierten Schiffbaus mit modernster technischer Ausrüstung darstellte. In den modellhaften Vorträgen über veränderte Führungs- und Darstellungsformen in anderen Gedenkstätten, wie Dachau, Reichsparteitagsgelände Nürnberg, Peenemünde, Neuengamme sollte deutlich werden, dass eine Vermittlung über Zeitzeugen kaum noch realisierbar scheint. So werden sie hinterfragt in ihren Aussagen, in die zweite Ebene von Schubladen verbannt oder können scheibchenweise vom Bildschirm abgerufen werden. Reicht es tatsächlich aus, die Mehrheit der Besucher einer KZ-Gedenkstätte wie bei der Bildbetrachtung in der Kunsthalle mit einem Abspielgerät durch die Gedenkstätte wandern und einzelne Details abrufen zu lassen? Helga Bories-Sawalla schilderte die erschrockene Reaktion von ehemaligen Ravensbrück-Häftlingen, die die von Häftlingen im Zellentrakt gestalteten Länderausstellungen nicht mehr wieder erkannten.

Warum können sie nicht als zeitgeschichtliches Zeugnis im Originalzustand erhalten bleiben? Auch das regt zum Nachdenken an. Großen Raum scheint in der Forschung nun eher die Frage der Präsentation der Täter einzunehmen und die Frage der Nutzung nach 1945. Unzweifelhaft gehört die Konfrontation mit den Tätern zum pädagogischen Lernen, aber der Blick aus Sicht der Opfer, der Betroffenen darf dabei nicht verstellt werden. Vielleicht gibt es gute Gründe, die Zeitzeugen schon jetzt nicht mehr einzubeziehen in den Prozess der Neu-Erarbeitung der Gedenkstättenkonzeption?

Raimund Gaebelein

Ich kann nicht verzeih'n

Schmerzhafte Erinnerungen waren es, die Ewald Hanstein am 13. Dezember in der Buchhandlung Leuwer vortrug. Eine gutbesuchte Buchvorstellung, begleitet von aufmunternder und nachdenklich zugleich stimmender Musik. Ewald selbst sang, selbst spielen konnte er wegen seiner Schulter nicht. 1924 in Schlesien geboren, wuchs er bei seiner Großmutter in Breslau/Wroclaw auf. Sein Leben lang wohnte er in einer festen Wohnung, ausgenommen die Zeit, in der er in Lager gesteckt wurde. Die Leidenschaft für Musik hat er von seinem Vater, der angesehen und politisch aktiv war. Nach der Machtübernahme durch den Faschismus wurden Sinti wie Juden selbst von guten Klassenkameraden geschnitten und mehr und mehr ausgegrenzt. Die Familie floh nach Berlin. Dort sollte es schlimmer kommen. Die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele führten zur Verbringung in einem Sammellager in Marzahn. Für die dort Untergebrachten der Beginn von Zwangsarbeit. Lolitschai, die Rote, Eva Justin erwarb das Vertrauen der Sinti und befragte se eingehend.
Die Ergebnisse wurden in der „Rassenhygienischen Forschungsstelle" gemeinsam mit Roman Ritter ausgewertet und bildeten die Grundlage für die Sterilisierung und Deportation ins Lager Auschwitz. In Dahlem wurde auch Ewald vermessen. In der Fabrik arbeiten durfte er, aber keine Ausbildung machen. Die männlichen Mitglieder der Familie wurde Juni 1938 nach Sachsenhausen abtransportiert.

Ewald konnte bei Verwandten untertauchen. Bis Frühjahr 1943 konnte er sich durchschlagen, bei einer Arbeitsstelle wurde er schließlich verraten. Die Gestapo schickte ihn nach Auschwitz-Birkenau. Die Hauptbücher des Lagerschreibers blieben erhalten, gut versteckt zwischen Tüchern, in einer Milchkanne vergraben. 21.000 Sinti und Roma aus elf Ländern Europas enthält das Gedenkbuch. Von 30 Mitgliedern der Familie überlebten zwei, die Cousine Adelheid und Ewald Hanstein.

Weiter geht es auf Seite 4

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue „Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den „Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Geb.-Datum ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Termine .... Termine .... Termine ... Termine ...

Räterepublik

Alle Kameradinnen und Kameraden, Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, Freunde, sind herzlich zur Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik eingeladen. Dazu treffen wir uns **am Sonntag, 06. Februar 2005 um 11:00 Uhr** am Haupteingang des Waller Friedhofs Im Mittelpunkt der Veranstaltung geht es um die Entwicklung der Sozialen Lage und die Traditionslinie des deutschen Militärs von Tirpitz bis Struck.

Es sprechen:
Robert Braunisch, Auszubildender DaimlerChrysler Werk Bremen,
Silke Lieder, Solidarische Hilfe,
Nonni Morisse, ['solid],
es singen Mitglieder des Buchtstraßenchors.
anschließend: Lesung aus und Gespräch über Wolfgang Beutins „Knief oder des großen schwarzen Vogels Schwingen“ in der Kulturwerkstatt Westend (Saal)

Es laden ein:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Landesverband Bremen, ['solid], Marxistische Abendschule (MASCH) Bremen, Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Bremen, Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Bezirk Land Bremen, DGB-jugend Bremen, Bremer Friedensforum, Bremer Antikapitalistische Linke (BAL), Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Unterstützt vom Buchtstraßenchor.

www.vvn-bda.de

Nordkonferenz

In Heideruh (Buchholz/Seppensen) findet **am 05./06. März 2005** wieder eine Nordkonferenz statt. Auf dem Programm stehen die Themen Neue Wege und Methoden der Gedenkstättenarbeit, Neofaschisten und extreme Rechte in den Parlamenten, Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Erstarken des Neofaschismus, Kampagne für ein Referendum gegen die EU-Verfassung. Die Kosten belaufen sich auf 52,- € für Samstag/Sonntag (78,- € ab Freitagabend). Wer Interesse hat, an dieser Konferenz teilzunehmen, melde sich bitte **bis 14. Februar** in unseren Büro.

Landesmitgliederkonferenz

Wir laden alle Mitglieder zur LMK **am Samstag, 12. Februar 2005 um 15:00 Uhr** in der Begegnungsstätte am Haferkamp ein (zur erreichen über Straßenbahn 2 oder 10). Bitte Mitgliedsbücher mitbringen.

Tagesordnung:
1. Eröffnung, Beschlussfähigkeit, Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
2. Ehrung der Verstorbenen
3. Neofaschismus heute
4. Bericht des Landesvorstands, Kassen- und Revisionsbericht
5. Aussprache, Entlastung des Vorstands
6. Wahl des/der Vorsitzenden, stellv. Vors., Kassierers/in
7. Wahl des Geschäftsführenden und Landesvorstands, der Revisoren und Schiedskommission
8. Wahl der Delegierten zum Bundeskongress am 28./29. Mai in Frankfurt/Main und des/der Bremer Vertreters/in im Bundesausschuss
9. Anträge und Beschlüsse
10. Verschiedenes, Ankündigungen Schlusswort

Der Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 3

Ein Besuch in Birkenau bringt die Erinnerung zurück, die er tief versteckt hat. Die Selektion, das Lager, das Errichten von Todeslagern und Öfen, all das kommt schmerzlich wieder. Als die Rote Armee näher kommt, muss Ewald nach überstandener Krankheit auf Transport - nach Buchenwald, von dort nach Nordhausen: Mittelbau-Dora. Vernichtung durch Arbeit, für Ewald Hanstein hieß das im Stollen mit einem Pressluftbohrer Löcher für die Sprengung bohren. Schließlich geht es über Blankenburg auf Todesmarsch. Mit der Befreiung sucht er nach seiner Familie - vergebens. Mit der Musik kann er sich in der Sowjetischen Besatzungszone eine neue Existenz aufbauen. Später geht er zur Volkspolizei. Schließlich wird er wegen angeblicher Westfahrten denunziert und für zehn Monate in Untersuchungshaft gesteckt.

1954 floh er, kam ins Übergangslager in Bremen-Lesum, erlebte, unter welch erbärmlichen Bedingungen die Cousine auf dem Rießpott hauste, dann auf dem Wartumer Platz. Der jahrzehntelange Kampf um Entschädigung kam einer zweiten Verfolgung gleich. Dieser Kampf ist noch längst nicht zu Ende, wie die Auseinandersetzungen um die Lage der Roma hier wie in anderen EU-Staaten zeigen.

Ewald Hanstein: Meine hundert Leben, Erinnerungen eines deutschen Sinto, aufgezeichnet von Ralf Lorenzen, Donat Verlag, Bremen 2005, ISBN 3-934836-94-1, 168 Seiten, 12,80 €

Raimund Gaebelein

„Der Bremer Antifaschist“ ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Re-daktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein